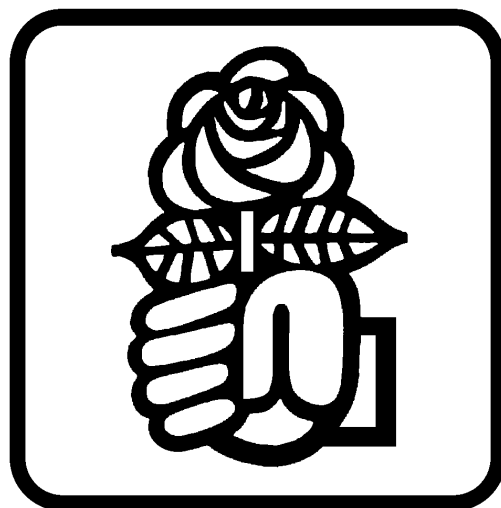




Jusos Minden-Lübbecke

a.o. Unterbezirkskonferenz 2013

Beschlussbuch

Beschluss



a.o. Unterbezirkskonferenz der Jusos Minden-Lübbecke

20.11.13

Den Mühlenkreis gestalten: Jung. Sozial. Ökologisch. Fortschrittlich.

Präambel

Am 25. Mai 2014 werden im Kreis Minden-Lübbecke acht Stadträte, drei Gemeinderäte, ein Kreistag, eine Landrätin oder ein Landrat und mindestens zwei BürgermeisterInnen gewählt. Für uns als Jusos Minden-Lübbecke hat die Kommunalwahl deshalb eine wichtige Bedeutung. Auf keiner anderen Ebene ist der Kontakt von BürgerInnen und Politik so eng. Und auf keiner anderen Ebene haben wir als Jusos in Minden-Lübbecke so viele Möglichkeiten, selbst mitzugestalten.

Wir als Jusos sehen unsere Aufgabe auf kommunaler Ebene klar: Wir werden sowohl über die sozialdemokratischen Fraktionen in den Stadt-/Gemeinderäten und dem Kreistag, als auch über die sozialdemokratischen BürgermeisterInnen und der/dem sozialdemokratischen Landrätin/Landrat Einfluss auf das politische Geschehen nehmen. Dazu ist es wichtig, dass wir in allen Kommunen Jusos in die kommunalpolitische Politik integrieren können. Die ersten Schritte dazu werden getan, wenn die Reservelisten in den Stadt-/Gemeindeverbänden und im Unterbezirk aufgestellt werden. Wir müssen die Partei immer wieder daran erinnern: Jusos mit jungen und frischen Ideen tun der Kommunalpolitik gut!

Gleichzeitig werden wir uns aber auch – gemäß unserer Doppelstrategie – außerhalb des parlamentarischen Weges engagieren. Wir werden weiterhin in Bündnissen mit anderen Organisationen versuchen, von außen Einfluss auf die Kommunalpolitik auszuüben.

Kommunalpolitik darf nicht bedeuten, dass der Blick starr auf die eigene Kommune gerichtet bleibt. Kommunalpolitik ist kein Wettstreit zwischen den Kommunen. Sondern so wie wir als Jusos den Begriff der internationalen Solidarität verstehen, muss es auch auf kleinerer Ebene eine interkommunale Solidarität geben. Daran werden wir als Jusos die SPD immer wieder erinnern müssen, wenn dort der Blick über den Tellerrand vergessen wird.

Die entscheidende Formel unserer Kommunalpolitik lautet: Eine starke Sozialpolitik und nachhaltiger Fortschritt ergeben eine gerechte Kommune. Der Kreis Minden-Lübbecke besteht sowohl aus städtischen Gebieten, als auch aus ländlichem Räumen. Der Ausgleich von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit ist hier also besonders wichtig.

Damit die Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können, benötigen sie aber auch genug finanzielle Mittel. Die Kommunen sind zurzeit massiv unterfinanziert. Die Verteilungsfrage liegt da nicht nur zwischen Bund, Land und Kommunen. Stattdessen fehlt es insgesamt an Geld im öffentlichen System, während die Privatvermögen der Reichsten in Deutschland ansteigen. Gleichzeitig wird von Menschen mit wenig Einkommen und Vermögen zu Menschen mit viel Einkommen und Vermögen und vom Öffentlichen ins Private umverteilt. Es gibt also eine doppelte Umverteilung. Beide Entwicklungen sind höchst bedenklich und umzukehren, wenn die Kommunalpolitik ihren Aufgaben in Zukunft wieder in vollem Umfang gerecht werden soll!

Gegen Rechts

Eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik muss eine überparteiliche Zusammenarbeit gegen rechte Bestrebungen vor Ort sein.

Auch in Minden-Lübbecke gibt es eine aktive Neonazi-Szene, die man nicht stärker reden sollte, als sie ist – die man aber auch nicht unterschätzen darf. Gleichzeitig lassen sich fremdenfeindliche, rassistische, homophobe, sexistische und antisemitische Meinungen immer weiter in der Mitte der Gesellschaft finden. Um gegen diese Entwicklung vorzugehen, bedarf es breiter Bündnisse aus Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Jugendorganisationen und weiteren gesellschaftlichen Akteuren.

Seitens der Politik muss die Bekämpfung rechter Tendenzen beim Kreis angesiedelt werden. Ein eigenes Programm des Kreises inklusive einer Stelle in der Kreisverwaltung soll geschaffen werden.

Eine wichtige Aufgabe in einem strukturell eher konservativ geprägten Kreis wie Minden-Lübbecke ist es, sich Gedanken über die Wahrzeichen der Region zu machen. Während die öffentliche Diskussion über das Kaiser Wilhelm Denkmal in Porta Westfalica selten über die Frage der Tourismusförderung hinausgeht, bleibt das ehemalige KZ-Außenlager Porta Westfalica weiterhin der breiten Öffentlichkeit unbekannt. Wir fordern eine Gedenkstätte, die die historische Entwicklung aus dem preußischen Nationalismus zum Nationalsozialismus zeigt. Dafür eignet sich im ganzen Land wohl kein Ort so gut wie Porta Westfalica, wo ein Monument der Monarchie und ein KZ-Außenlager räumlich so eng beieinander stehen.

Im Kreis Minden-Lübbecke sind bei der letzten Kommunalwahl sowohl in den Kreistag als auch in zwei Stadträte Mitglieder rechter Parteien eingezogen. Es muss die Aufgabe des sozialdemokratischen Kommunalwahlkampfes sein, einen erneuten Einzug rechter oder rechtsoffener Parteien in kommunale Parlamente zu verhindern. Sollten dennoch wieder rechte oder rechtsoffene Parteien VertreterInnen in die Räte

entsenden dürfen, darf es niemals eine Zusammenarbeit der SPD-Fraktionen mit diesen Ratsmitgliedern geben.

Mobilität

Gerade in einem ländlichen Kreis wie Minden-Lübbecke muss die Frage nach Mobilität ein sehr bedeutender Bestandteil der Kommunalpolitik sein.

Derzeit ist die der Öffentliche Personen Nahverkehr (ÖPNV) auf einem absteigenden Ast. Aus Kostengründen werden immer mehr Verbindungen eingespart. Über 90% der Einnahmen des ÖPNVs stammen aus dem SchülerInnenverkehr. Die Anzahl zahlender Fahrgäste ist also verschwindend gering. Der Grund für die schwache Nutzung liegt in dem schlechten Angebot. Viele Linien fahren nur selten und nur bis zum späten Nachmittag. Gleichzeitig sind die Preise für Busfahrten im Mühlenkreis unverhältnismäßig hoch. Eine Kombination aus Nah- und Fernverkehr ist aufgrund der nicht aufeinander abgestimmten Fahrpläne schwierig.

Es entsteht also eine Abhängigkeit vom PKW. Für Jugendliche unter 18 Jahren bedeutet das ein großes Problem, weil sie für Fahrten, die – aufgrund der Strecke oder des Wetters – nicht mit Fahrrad zu meistern sind, immer in Abhängigkeit von anderen stehen. Auch aus ökologischer Sicht ist eine starke Zunahme von motorisiertem Individualverkehr höchst problematisch.

Wir verstehen Mobilität als Menschenrecht und zentralen Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Langfristig muss der Weg, auch und gerade im ländlichen Raum, dahin gehen, Mobilität als Gemeinschaftsaufgabe der Gesellschaft zu begreifen. Dazu gehört, dass der ÖPNV komplett öffentlich finanziert wird und die Nutzung für Fahrgäste kostenlos wird. Verbunden sein kann das aber auch nur mit einem Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel. Auch die Einstellung zum PKW muss sich ändern. Zum langfristigen Weg von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit müssen auch PKWs in gemeinschaftlicher Nutzung stehen. Wir stellen uns die Mobilität der Zukunft also als eine Verbindung aus einem starken Angebot

der öffentlichen Hand und zivilgesellschaftlichen Teilen vor. So kann Mobilität auch als Ort der sozialen Begegnung gesehen werden.

Gleichzeitig gehört zur Vision der Mobilität der Zukunft auch ein kleineres, dafür intaktes Straßensystem und die Entwicklung einer „Kultur des Fahrradfahrens“. Dazu ist ein kritischer Blick auf die Fahrradverkehrsinfrastruktur im Kreis notwendig.

Kurz- und Mittelfristig führt der Weg zu dieser Vision über folgende Schritte: Der Abbau des Busnetzes im Kreisgebiet muss gestoppt werden. Stattdessen muss das Busnetz wieder gestärkt werden. Gerade im Abendbereich braucht es wieder ein funktionierendes Netz. Bei den Fahrplänen müssen Nah- und Fernverkehr zusammen gedacht werden. Für PendlerInnen, die mit dem Zug in andere Städte fahren, ist der Weg mit dem Bus zum nächsten Bahnhof bislang höchst unattraktiv. Deshalb setzen wir uns für eine Verbesserung der Parkplatzsituation an den Bahnhöfen ein.

Kostenlose, ausreichende Parkflächen sind wichtig für Pendler.

Bei allen Umstellungen im ÖPNV müssen aber auch immer die Arbeitsbedingungen des Personals bedacht werden. Unternehmen, die ihre FahrerInnen zu Billiglöhnen fahren lassen, haben im Mühlenkreis keinen Platz. Es bedarf endlich der Entwicklung eines kreisweiten, attraktiven Nachtbussystems. Zusätzlich sollte es die Aufgabe des Kreises werden, ein kreisweites, öffentliches Carsharing-Konzept zu entwickeln.

Sowohl Straßenbau- als auch Fahrradwegkonzepte müssen in Zukunft kommunenübergreifend gedacht werden.

Bildungspolitik

Wir begreifen Bildung als lebenslangen Prozess und als Mittel zur Gewinnung gesellschaftlicher Teilhabe. Die Kommunen als Schulträger stehen dabei in der Verantwortung die schulorganisatorischen Belange so zu gestalten, dass diese Ziele verwirklicht werden können. Sie bewegen sich dabei im Rahmen der schulfachlichen

Vorgaben der Landespolitik. Aus sozialdemokratischer Sicht stehen wir inhaltlich zu dem Grundsatz "eine Schule für alle" und wollen gleiche Bildungschancen verwirklicht sehen. Zur Umsetzung dieser Grundsätze wollen wir folgende Maßnahmen auf kommunalpolitischer Ebene umsetzen:

Im Grundschulbereich sehen wir uns mit der Herausforderung konfrontiert auf sinkende Schülerzahlen reagieren zu müssen. Schulschließungen machen niemandem Spaß! Dennoch sind wir der Ansicht, dass ein gewisser Qualitätsstandard nur in mindestens zweizügigen Schulen zu erreichen ist. Qualität muss vor "Kirchtürmen" stehen! Im Sekundarbereich wollen wir das gegliederte Schulsystem hinter uns lassen. Schulgebäude müssen im guten Zustand sein und so ausgestattet sein, dass beste Bildung möglich ist. Der Sanierungsstau im Bereich Schule muss schnellst möglich aufgelöst werden.

Schule soll politische Bildung fördern! Dazu halten wir es für notwendig, dass neben dem politischen System im Allgemeinen - auch die Kommunalpolitik vor Ort stärker ein Teil des Unterrichts ist.

Berufliche Bildung soll sowohl den Zugang zum Arbeitsmarkt als auch den Zugang zur Hochschule möglich machen. Andererseits können stark theoretische Ausbildungen wie zum Beispiel in der öffentlichen Verwaltung von praktischen Anteilen nur profitieren. Wir begreifen das Prinzip der dualen Ausbildung als bewährt und zukunftsfähig. Darüber hinaus muss Kommunalpolitik in Abstimmung mit den örtlichen Unternehmen darauf bedacht sein, so viele Ausbildungsplätze wie möglich vor Ort zu schaffen. Dies hilft die demographische Herausforderung zu meistern und insbesondere im ländlichen Bereich der Urbanisierung zu begegnen. Gute Ausbildung misst sich für uns nicht nur an gerechter Bezahlung, sondern auch an guten betrieblichen Standards.

Der Auftrag inklusiver Gestaltung besteht im Bildungsbereich verstärkt, stellt uns

jedoch auch vor besondere Herausforderungen. Wir möchten daran mitwirken schlüssige Konzepte für inklusive Schule und Ausbildung zu entwickeln.

Barrierefreiheit in allen Bereichen muss dabei selbstverständlich werden.

Kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung für die gesamte Gesellschaft. Zur Förderung der kulturellen Vielfalt stehen auch die Kommunen in der Pflicht. Im Bildungsbereich müssen die Kommunen Migrantinnen und Migranten beim Erwerb entsprechender Sprachkenntnisse so gut wie möglich unterstützen. Wir wollen auch keinen Ausverkauf in der Erwachsenenbildung: Bibliotheken und Theater müssen weiter vorhanden bleiben.

Sozialdemokratische Arbeits-, Sozial und Wirtschaftspolitik

Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen auf kommunaler Ebene unter dem Leitsatz der sozialen, feministischen und ökologischen Gerechtigkeit zusammen gedacht werden.

Wir bekennen uns zu einer aktiven Wirtschaftsförderung durch den Kreis Minden-Lübbecke und den kreisangehörigen Kommunen. Ein Ergebnis dieser aktiven kommunalen Wirtschaftsförderung muss für uns in erster Linie die Schaffung von guten und zukunftssicheren Arbeits- und Ausbildungsplätzen sein.

Wir bekennen uns zu einem allgemeinen und flächendeckenden Mindestlohn, sowie zur gleichen Bezahlung von Frauen und Männern. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge haben Kreis und kreisangehörige Kommunen dafür Sorge zu tragen, dass soziale Mindeststandards gemäß Tariftreuegesetz eingehalten werden. Die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge sind auch in der öffentlichen Hand zu halten. Outsourcing von Stellen in öffentlichen Einrichtungen ist abzulehnen.

Ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Wirtschaftsförderung soll die Förderung und Unterstützung von innovativen Unternehmensgründungen sein. Innovative Startups tragen dazu bei, die Position und Innovationsfähigkeit des Kreises Minden-Lübbecke im regionalen und internationalen Technologie- und Standortwettbewerb zu fördern und auszubauen. Insbesondere junge Menschen sollen mit einer

kommunalen „Startup-Initiative“ bei der Gründung eigener Unternehmen und der Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt werden.

Wir stehen für einen weiteren Ausbau und für die Stärkung des FH-Campus in Minden.

Eine an der gesamten Wertschöpfungskette ausgerichtete Logistik kann für unsere Region ein wichtiger Baustein im Standortwettbewerb sein. Der in Minden geplante Regioport trägt dazu bei, die gesamte Region OWL und insbesondere den Kreis Minden-Lübbecke als multimodales Logistikhauptknoten zu positionieren. Wir fordern daher die politischen Entscheidungsträger auf, dieses Projekt zu verwirklichen und konsequent weiter zu entwickeln. Allerdings sehen wir auch Handlungsbedarf in der Kommunikation. Es gilt: Bei großen Infrastrukturprojekten wollen wir die BürgerInnen mitnehmen.

Der Kreis Minden-Lübbecke wird in seiner Siedlungsstruktur durch einen vielfältigen Wechsel von städtischen und ländlichen Bereichen geprägt. Diese Vielfalt macht den Kreis Minden-Lübbecke aus und wir wollen diese Vielfalt erhalten. Der Erhalt dieser vielfältigen Siedlungsstruktur bedarf einer zielgerichteten kommunalen Förderung. Unter Berücksichtigung des demographischen Wandels wollen wir die Dörfer in ihrem Bestand erhalten und die städtischen Bereiche konsequent zu Zentren für sozial gerechtes Wohnen, Arbeiten und Leben weiter entwickeln.

Wir bekennen uns zum sozialen und von der kommunalen Ebene getragenen Wohnungsbau. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften können dazu beitragen, Stadtentwicklung in geordnete Bahnen zu lenken und möglichen Fehlentwicklungen, wie z.B. der sozialen Segregation, vorzubeugen.

Wir bekennen uns nachdrücklich zu einem Ausbau der staatlichen Städtebauförderung. Die Städte in Nordrhein-Westfalen und auch im Kreis Minden-

Lübbecke stehen in Zukunft vor vielfältigen Herausforderungen, eine gesteigertes Engagement der Europäischen Union, des Bundes und des Landes ist hier dringend geboten, nur so können auch die Städte in Minden-Lübbecke die Herausforderungen der Zukunft meistern und ihre Entwicklungschancen nutzen. Insbesondere das von schwarz-gelb auf ein Minimum gekürzte Förderungsprogramm „Soziale Stadt“ muss endlich wieder mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Wir setzen und auch kommunalpolitisch für eine gute Asylpolitik ein. Wir Jusos halten auf europäischer Ebene Dublin II für falsch und auf kommunalpolitischer Ebene die Ausgrenzung von Flüchtigen. Wir heißen die Fremden hier willkommen und wollen sie als gute Gastgeber um uns haben. Ausgrenzungspolitik ist unwürdig und unmenschlich.

Es ist Aufgabe von Kommunen sich der Flüchtlingen anzunehmen und zusammen mit den Bürgerinnen und Bürger vor Ort Konzepte zu entwickeln, wie sie in die Gemeinschaft integriert werden können. Dabei darf nicht der finanzielle Vorteil im Vordergrund stehen, sondern die gute Unterbringung. Gegen Vorurteile wollen wir gemeinsam kämpfen und so rechten Populisten Nährboden nehmen.

Energie und Umwelt

Wir Jusos Minden-Lübbecke wollen die Energiewende! Mit dem Umstieg von Atomenergie auf regenerative Energieformen muss Deutschland ein weltweit einzigartiges Vorzeigeprojekt für die nächsten Jahrzehnte verwirklichen. Die Energiewende bedeutet für uns aber nicht nur den Umstieg auf regenerative Energie, sondern auch die Dezentralisierung der Energieversorgung. Wir glauben, dass die schwarz-gelbe Bundespolitik der letzten Jahre für vier Jahre Stillstand in diesem Politikfeld steht. Mit der Kürzung von Fördergeldern wurde der Ausbau erneuerbarer Energien verlangsamt und durch die Schaffung unsinniger und ungerechter Ausnahmeregelungen in der EEG-Umlage gingen wichtige finanzielle Mittel für die Durchsetzung einer guten Energiewende verloren.

Deshalb ist es umso wichtiger Energiepolitik vor Ort durchzuführen: Dezentral und bürgernah. Dezentral bedeutet, dass wir vor Ort die energetischen Stärken erkennen und nutzen müssen. Auch der Kreis Minden-Lübbecke muss seine Stärken ausbauen. Beispielsweise sollte der Ausbau von Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden weiter vorangetrieben und die Freiflächen für die Errichtung von Windrädern genutzt werden. Wir sehen die ländlich geprägte Region des Mühlenkreises nicht als Hindernis, sondern als Chance.

Außerdem muss die Politik in Zukunft transparenter erklären, warum Projekte wo stattfinden, und die BürgerInnen stärker in den politischen Prozess einbeziehen. Nur so können wir die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung für die Energiewende schaffen. Die kreisweiten Klimakonzepte sind mit den betroffenen BürgerInnen vor Ort zu diskutieren, damit sich mögliche Konflikte bereits im Vorfeld entschärfen lassen.

Damit die Energiewende gelingen kann brauchen wir vor Ort Bürgerinnen und Bürger, die sich frühzeitig mit Problemen befassen und diese in Kooperation mit der Politik lösen.

Durch das Ersetzen bzw. die Modernisierung alter Anlagen können wir auf bereits bestehende Akzeptanz in der Bevölkerung zurückgreifen und durch beschleunigte Genehmigungsverfahren die Energiewende vorantreiben.

Aber auch die Verbrauchsproblematik sollte kommunal angegangen werden. So lässt sich beispielsweise durch eine Energetische Sanierung vor allem der öffentlichen Gebäude auf lange Sicht eine Kostenersparnis erreichen.

Trotzdem haben wir als Jusos auch die kurzfristigen Kosten im Auge. Wohnnebenkosten sind zu einer zweiten Miete geworden und wir glauben, dass wir die BürgerInnen bei der Energiewende nur mitnehmen können, wenn wir die soziale Frage nicht aus den Augen verlieren. Rekommunalisierungsprojekte können daher

nur verwirklicht werden, wenn die Kosten dadurch nicht erheblich steigen. Gerade für Geringverdienende, Auszubildende oder Studierende ist das besonders wichtig.

Wir Jusos Minden-Lübbecke engagieren uns für den Landschaftsschutz. Landschaft dient als Erholungs- und Rückzugsort für BürgerInnen und kann deshalb nur durch nachhaltige Bewirtschaftung genutzt werden. Landschaft muss nicht nur repariert, sondern gestaltet und erlebbar werden. Pädagogische Konzepte, die den Umweltschutz verständlich machen, unterstützen wir grundsätzlich.

Auf der anderen Seite sprechen wir Jusos Minden-Lübbecke uns gegen eine wirtschaftliche Ausbeutung der Natur aus. Wir hinterfragen so beispielsweise den Kiesabbau in Petershagen kritisch, weil dort für viele BürgerInnen in einem nicht mehr akzeptablen Maße in ihre direkte Umwelt eingegriffen wird. Auch hier ist die Politik gefordert, zusammen mit den BürgerInnen zu sprechen und ihre Bedenken ernst zu nehmen.

Wir wollen den Immissionsschutz bei der Lärmentwicklung vorantreiben. Durch strategische Verkehrsplanung und den Ausbau von Lärmschutzmaßnahmen kann die Ruhe in der Landschaft in einem erträglichen Maße erhalten bleiben.

Wir Jusos Minden-Lübbecke setzen uns für eine nachhaltige Landwirtschaft ein. Nicht Großbetriebe, sondern ökologisch nachhaltige Höfe sind unser landwirtschaftliches Idealbild. Wir wollen eine artgerechte und respektvolle Tierhaltung. Natürlich ist uns bewusst, dass eine moderne Lebensmittelversorgung nicht ohne große Höfe auskommt. Aber wir setzen hier auf Qualität statt Quantität. Wir glauben, dass durch strengere Kontrollen erreichen zu können.

Wir wollen regionale Produkte stärken. Wir finden, den vermehrten Verkauf von regionalen Produkten sehr gut. Trotzdem wollen wir diese Entwicklung politisch aktiv fördern, indem wir uns beispielsweise für eine Verbesserung der Zusammenarbeit von regionalen Lebensmittelherstellern und Kantinen und Mensen einsetzen.

Darüberhinaus wollen wir den Eigenwert des Essens wieder fördern. Dazu gehört auch der Kampf gegen Lebensmittelverschwendung. Wir wollen, dass sich auch der Kreis Minden-Lübbecke Konzepte entwickelt, wie dieses Problem behoben werden kann z.B. durch Gründung von Foodsharing-Gruppen, Anschlussverwendung von Lebensmitteln aus Supermärkten oder problembewusster Aufklärung.

Wir Jusos Minden-Lübbecke bekennen uns zum Artenschutz. Biologische Diversität ist in einem ländlich geprägtem Raum eine besonders wichtige Aufgabe kommunaler Politik. Projekte wie die „Stirchenwarte in Petershagen“, unseren Augen sinnvoll. Wir wollen zukünftig noch stärker mit Naturschutzorganisationen und örtlichen Initiativen für einen Ausbau dieser Projekte kämpfen.

Außerdem kritisieren wir die Versalzung der Weser durch die Firma K+S AG, da sich die starke Belastung negativ auf die Tier- und Pflanzenwelt der Weser auswirkt. Wir halten aber auch eine Pipeline zur Nordsee nicht für die Lösung des Problems, da die Salzbelastung so nur verschoben wird. Deshalb treten wir offensiv für Gespräche zwischen Politik und Unternehmen zu vernünftigen Lösungen ein.

Funktionierendes Gemeinwesen

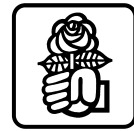
Gerade in der Kommunalpolitik ist der Kontakt von BürgerInnen und Politik besonders eng. Dadurch ergeben sich hier auch viele Beteiligungsmöglichkeiten an der Politik. Zentrales Thema für die öffentlichen Verwaltungen muss die Transparenz den BürgerInnen gegenüber werden. Regelmäßige BürgerInnenforen, die dezentral in den Kommunen stattfinden, sind daher dringend in allen Kommunen einzuführen.

Aus der Perspektive der Jusos ist die Teilhabe junger Menschen an Kommunalpolitik besonders wichtig. In keiner Kommune im gesamten Kreis Minden-Lübbecke gibt es ein funktionierendes Kinder- und Jugendparlament. Die Umsetzung solcher Projekte scheitert nicht – wie oft behauptet – an dem mangelnden Interesse junger Menschen, sondern an fehlender Initiative seitens Politik und Verwaltung. Dabei

können Kinder- und Jugendparlamente hervorragende Institutionen sein, in denen die Interessen junger Menschen in die Kommunalpolitik einfließen können.

Außerdem setzen wir uns für die Wiederbelebung des Ringes Politischer Jugend (RPJ) ein. Die Vernetzung von Jugendorganisationen birgt für die Jugendpolitik einen unschätzbaren Wert.

Beschluss



a.o. Unterbezirkskonferenz der Jusos Minden-Lübbecke

20.11.13

Der Kaiser in Porta – Ein Mahnmal und kein Wahrzeichen

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe soll in Porta Westfalica ein Mahnmal in Erinnerung an die Opfer des KZ-Außenlagers Porta Westfalica errichten. Integriert werden soll dabei das Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Grundlage des Mahnmals soll ein pädagogisches Konzept sein, das die Entwicklung vom preußischen Nationalismus zum Nationalsozialismus erklärt.

Begründung:

Das 1896 eingeweihte Denkmal für Kaiser Wilhelm I in Porta Westfalica fristet heute ein eher zwielichtiges Dasein. Seinen Charakter als Anziehungspunkt für Touristen hat es schon lange verloren. Heute ist es nicht viel mehr als ein Treffpunkt für Neonazis. Gleichzeitig gilt das Denkmal noch für viele Menschen als ein Wahrzeichen der Heimat. Deshalb ist der Wunsch auch groß, das Denkmal und seine Umgebung wieder attraktiver zu gestalten. Allerdings wäre eine Investition in das Denkmal, die lediglich Tourismusförderung als Ziel hat, eine nicht zulässige Vereinfachung der Geschichte.

Das Denkmal war seit seiner Gründung ein Zeichen des Nationalismus und der Ausgrenzung. Eine Ausgrenzung der Arbeiterschaft gegenüber bildete alleine schon die Wahl des Standorts. Porta Westfalica lag, im Gegensatz zu alternativen Standortbewerbungen, so weit von städtischen Zentren entfernt, dass ein Besuch des Denkmals für die Arbeiterklasse nicht möglich war.

Noch viel stärker als die Ausgrenzung der Arbeiterklasse war aber das Schaffen eines breiten Nationalismus das Motiv des Denkmalbaus. Im 19. und frühen 20. Jahrhunderts gab es, so der Historiker Johannes Platz, einen Prozess der Nationalisierung der Massen, der unter anderem durch den Bau von Denkmälern und der Stiftung nationaler Mythen Ausdruck fand. Gemein sei diesen Denkmälern, dass sie „die deutsche Reichseinigung in einem Deutungsrahmen nationalstaatlicher Vergemeinschaftung feiern und damit von den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen der Stiftungszeit abstrahieren.“ So lässt sich die Ausgrenzung der Sozialdemokratie durch die Sozialistengesetze und des politischen Katholizismus durch den Kulturkampf aus der nationalistischen Vergemeinschaftung in dieser Gedenkkultur nicht wiederfinden. Dabei muss aus der historischen Perspektive zwischen den nationalen Ideen aus liberalen Kreisen und dem preußischen Nationalismus unterschieden werden. Der preußische Nationalismus hat sich bewusst von der nationalliberalen Bewegung distanziert. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal darf daher nicht im Zusammenhang mit demokratisch geprägten Ideen wie dem Hambacher Fest gedacht werden.

In der Einweihungszeremonie des Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Porta Westfalica lassen sich die geradezu religiösen Züge des Nationalismus wiederfinden. Schon das Datum – der 18.10.1896 – trug als Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig eine nationalistische Symbolik. Die Zeremonie selbst lief nach einer – einem Gottesdienst ähnlichen – Liturgie ab. An der Eröffnungsfeier nahm auch Kaiser Wilhelm II teil. Der Kaiser also, der später durch seinen nationalistischen Größenwahn als Hauptschuldiger des Ersten Weltkrieges in die Geschichte eingehen sollte. Noch heute wird versucht, aus dem Besuch des Kaisers touristische Einnahmen zu erschöpfen. So etwa bei den Geschichtstagen „Von Wilhelm zu Widukind – 1000 Jahre Geschichte zu Fuß“ im September 2013.

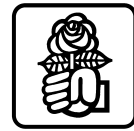
Eine nationalistische Bedeutung behielt das Denkmal auch über das Ende der Monarchie hinaus. So riefen 1926 zum 30. Jahrestag der Einweihung nationalistische Verbände zu einem „deutschen Tag“ am Denkmal auf. An dieser Feier nahmen das Mindener Bürgerbataillon, die Feuerwehren, zahlreiche Kriegervereine, der Frontkämpferbund Stahlhelm und die monarchistische Bismarckjugend teil. An dem Denkmal wurden 1921 eine Plakette für die Opfer des 1. und 1953 eine Fackel für die Opfer des 2. Weltkrieges angebracht. Bis heute hat das Denkmal offensichtlich nicht nur für die Kreise vom äußersten rechten Rand – Neonazis nutzen das Denkmal als Treffpunkt – sondern auch für konservativ bürgerliche Menschen eine Bedeutung. So nutzte der CDU-Bundestagsabgeordnete Steffen Kampeter das Denkmal für einen Wahlkampfauftritt gemeinsam mit dem Nachfahren des letzten deutschen Kaisers, der dabei von dem Stolz auf seine Vorfahren erzählte.

Nur wenige Meter vom Denkmal entfernt liegt das Hotel „Kaiserhof“. Dieses wurde 1944 von der SS beschlagnahmt und als Außenlager des KZ Neuengamme genutzt. Bis zu 1300 Zwangsarbeiter aus mehr als zwölf Nationen waren hier untergebracht. Ziel der Nationalsozialisten war der Bau unterirdischer Fabrikanlagen im Weser- und Wiehengebirge. Dort sollten Flugzeugrümpfe und technische Ausrüstungen fertiggestellt werden. Um diese Fabrikanlagen herzustellen wurden KZ-Häftlinge als Hilfsarbeiter hergeschafft. Die Häftlinge wurden auf brutalste Art und Weise misshandelt. Der dänische Gefangene Jorgen Kieler, der von Neuengamme nach Porta Westfalica gebracht worden war, beschreibt in seinem Buch „Dänischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus“² die Folteraktionen: neben Auspeitschen bis zum Tod, im Winter nackt in die Leichenkammer eingesperrt werden oder an einem Halsring aufgehängt zu werden gehörten auch Erschießungen an Ort und Stelle oder Erhängungen vor allen anderen Häftlingen zu den Strafen. Kieler, der als Mediziner nach dem Krieg eine medizinische Nachuntersuchung der dänischen KZ-Überlebenden initiierte, berichtet, dass die durchschnittliche Sterblichkeitsrate dänischer Häftlinge bei 10% und in Porta

Westfalica bei 44% gelegen hätte. Damit sei Porta Westfalica von den nationalsozialistischen Lagern, in denen Dänen eingesperrt wurden, das schlimmste gewesen.

Die Geschichte des KZ Porta Westfalica ist den Menschen der Umgebung heute kaum bekannt. Es gibt zwar tolle Zeitzeugenprojekte und hin und wieder Artikel in der Lokalzeitung, doch darüber hinaus lässt sich eine Erinnerungskultur kaum feststellen. Umso unverständlicher ist es, das Kaiser-Wilhelm-Denkmal heute als nationales Wahrzeichen wahrzunehmen. Denn es gibt einen historischen Zusammenhang zwischen dem Nationalismus der deutschen Monarchie und dem Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus ist nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern fußt – zwar nicht nur, aber auch – auf den nationalistischen Bestrebungen der Vorzeit. Ohne den nationalistischen Größenwahn Wilhelms II und die von Monarchisten geprägte Dolchstoßlegende nach dem 1. Weltkrieg hätte den Nationalsozialisten einiges an Nährboden gefehlt. Ohne das, was das Denkmal immer darstellen sollte und immer dargestellt hat – nämlich ein Zeichen des Nationalismus – wäre das, was wenige Meter entfernt im KZ-Außenlager passiert ist, nicht möglich gewesen. Für die heutige Gesellschaft ergibt sich daraus eine Chance. Durch die räumliche Nähe des Denkmals und des ehemaligen KZ lässt sich dieser Zusammenhang wohl so gut wie an keinem anderen Ort in Deutschland darstellen. Ein solches Konzept ließe das Denkmal auch wieder zu einem interessanten Reiseziel werden, gerade für Schulklassen hervorragend geeignet. Und eine kritische Aufarbeitung der Geschichte würde auch helfen, das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Denkmal zu verbessern: Nach einer kritischen Betrachtung der Geschichte stünde nichts mehr im Weg, das Bauwerk als lokales Wahrzeichen zu sehen. Baut man das Denkmal lediglich mit Blick auf die Tourismusförderung aus, so bleibt die dunkle Geschichte Porta Westfalicas weiterhin unaufgearbeitet und der Ausbreitung eines neuen Nationalismus werden alle Türen geöffnet.

Beschluss



a.o. Unterbezirkskonferenz der Jusos Minden-Lübbecke

20.11.13

Der Kaiser in Porta – Ein Mahnmal und kein Wahrzeichen

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe soll in Porta Westfalica ein Mahnmal in Erinnerung an die Opfer des KZ-Außenlagers Porta Westfalica errichten. Integriert werden soll dabei das Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Grundlage des Mahnmals soll ein pädagogisches Konzept sein, das die Entwicklung vom preußischen Nationalismus zum Nationalsozialismus erklärt.

Begründung:

Das 1896 eingeweihte Denkmal für Kaiser Wilhelm I in Porta Westfalica fristet heute ein eher zwielichtiges Dasein. Seinen Charakter als Anziehungspunkt für Touristen hat es schon lange verloren. Heute ist es nicht viel mehr als ein Treffpunkt für Neonazis. Gleichzeitig gilt das Denkmal noch für viele Menschen als ein Wahrzeichen der Heimat. Deshalb ist der Wunsch auch groß, das Denkmal und seine Umgebung wieder attraktiver zu gestalten. Allerdings wäre eine Investition in das Denkmal, die lediglich Tourismusförderung als Ziel hat, eine nicht zulässige Vereinfachung der Geschichte.

Das Denkmal war seit seiner Gründung ein Zeichen des Nationalismus und der Ausgrenzung. Eine Ausgrenzung der Arbeiterschaft gegenüber bildete alleine schon die Wahl des Standorts. Porta Westfalica lag, im Gegensatz zu alternativen Standortbewerbungen, so weit von städtischen Zentren entfernt, dass ein Besuch des Denkmals für die Arbeiterklasse nicht möglich war.

Noch viel stärker als die Ausgrenzung der Arbeiterklasse war aber das Schaffen eines breiten Nationalismus das Motiv des Denkmalbaus. Im 19. und frühen 20. Jahrhunderts gab es, so der Historiker Johannes Platz, einen Prozess der Nationalisierung der Massen, der unter anderem durch den Bau von Denkmälern und der Stiftung nationaler Mythen Ausdruck fand. Gemein sei diesen Denkmälern, dass sie „die deutsche Reichseinigung in einem Deutungsrahmen nationalstaatlicher Vergemeinschaftung feiern und damit von den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen der Stiftungszeit abstrahieren.“ So lässt sich die Ausgrenzung der Sozialdemokratie durch die Sozialistengesetze und des politischen Katholizismus durch den Kulturkampf aus der nationalistischen Vergemeinschaftung in dieser Gedenkkultur nicht wiederfinden. Dabei muss aus der historischen Perspektive zwischen den nationalen Ideen aus liberalen Kreisen und dem preußischen Nationalismus unterschieden werden. Der preußische Nationalismus hat sich bewusst von der nationalliberalen Bewegung distanziert. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal darf daher nicht im Zusammenhang mit demokratisch geprägten Ideen wie dem Hambacher Fest gedacht werden.

In der Einweihungszeremonie des Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Porta Westfalica lassen sich die geradezu religiösen Züge des Nationalismus wiederfinden. Schon das Datum – der 18.10.1896 – trug als Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig eine nationalistische Symbolik. Die Zeremonie selbst lief nach einer – einem Gottesdienst ähnlichen – Liturgie ab. An der Eröffnungsfeier nahm auch Kaiser Wilhelm II teil. Der Kaiser also, der später durch seinen nationalistischen Größenwahn als Hauptschuldiger des Ersten Weltkrieges in die Geschichte eingehen sollte. Noch heute wird versucht, aus dem Besuch des Kaisers touristische Einnahmen zu erschöpfen. So etwa bei den Geschichtstagen „Von Wilhelm zu Widukind – 1000 Jahre Geschichte zu Fuß“ im September 2013.

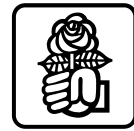
Eine nationalistische Bedeutung behielt das Denkmal auch über das Ende der Monarchie hinaus. So riefen 1926 zum 30. Jahrestag der Einweihung nationalistische Verbände zu einem „deutschen Tag“ am Denkmal auf. An dieser Feier nahmen das Mindener Bürgerbataillon, die Feuerwehren, zahlreiche Kriegervereine, der Frontkämpferbund Stahlhelm und die monarchistische Bismarckjugend teil. An dem Denkmal wurden 1921 eine Plakette für die Opfer des 1. und 1953 eine Fackel für die Opfer des 2. Weltkrieges angebracht. Bis heute hat das Denkmal offensichtlich nicht nur für die Kreise vom äußersten rechten Rand – Neonazis nutzen das Denkmal als Treffpunkt – sondern auch für konservativ bürgerliche Menschen eine Bedeutung. So nutzte der CDU-Bundestagsabgeordnete Steffen Kampeter das Denkmal für einen Wahlkampfauftritt gemeinsam mit dem Nachfahren des letzten deutschen Kaisers, der dabei von dem Stolz auf seine Vorfahren erzählte.

Nur wenige Meter vom Denkmal entfernt liegt das Hotel „Kaiserhof“. Dieses wurde 1944 von der SS beschlagnahmt und als Außenlager des KZ Neuengamme genutzt. Bis zu 1300 Zwangsarbeiter aus mehr als zwölf Nationen waren hier untergebracht. Ziel der Nationalsozialisten war der Bau unterirdischer Fabrikanlagen im Weser- und Wiehengebirge. Dort sollten Flugzeugrümpfe und technische Ausrüstungen fertiggestellt werden. Um diese Fabrikanlagen herzustellen wurden KZ-Häftlinge als Hilfsarbeiter hergeschafft. Die Häftlinge wurden auf brutalste Art und Weise misshandelt. Der dänische Gefangene Jorgen Kieler, der von Neuengamme nach Porta Westfalica gebracht worden war, beschreibt in seinem Buch „Dänischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus“² die Folteraktionen: neben Auspeitschen bis zum Tod, im Winter nackt in die Leichenkammer eingesperrt werden oder an einem Halsring aufgehängt zu werden gehörten auch Erschießungen an Ort und Stelle oder Erhängungen vor allen anderen Häftlingen zu den Strafen. Kieler, der als Mediziner nach dem Krieg eine medizinische Nachuntersuchung der dänischen KZ-Überlebenden initiierte, berichtet, dass die durchschnittliche Sterblichkeitsrate dänischer Häftlinge bei 10% und in Porta

Westfalica bei 44% gelegen hätte. Damit sei Porta Westfalica von den nationalsozialistischen Lagern, in denen Dänen eingesperrt wurden, das schlimmste gewesen.

Die Geschichte des KZ Porta Westfalica ist den Menschen der Umgebung heute kaum bekannt. Es gibt zwar tolle Zeitzeugenprojekte und hin und wieder Artikel in der Lokalzeitung, doch darüber hinaus lässt sich eine Erinnerungskultur kaum feststellen. Umso unverständlicher ist es, das Kaiser-Wilhelm-Denkmal heute als nationales Wahrzeichen wahrzunehmen. Denn es gibt einen historischen Zusammenhang zwischen dem Nationalismus der deutschen Monarchie und dem Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus ist nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern fußt – zwar nicht nur, aber auch – auf den nationalistischen Bestrebungen der Vorzeit. Ohne den nationalistischen Größenwahn Wilhelms II und die von Monarchisten geprägte Dolchstoßlegende nach dem 1. Weltkrieg hätte den Nationalsozialisten einiges an Nährboden gefehlt. Ohne das, was das Denkmal immer darstellen sollte und immer dargestellt hat – nämlich ein Zeichen des Nationalismus – wäre das, was wenige Meter entfernt im KZ-Außenlager passiert ist, nicht möglich gewesen. Für die heutige Gesellschaft ergibt sich daraus eine Chance. Durch die räumliche Nähe des Denkmals und des ehemaligen KZ lässt sich dieser Zusammenhang wohl so gut wie an keinem anderen Ort in Deutschland darstellen. Ein solches Konzept ließe das Denkmal auch wieder zu einem interessanten Reiseziel werden, gerade für Schulklassen hervorragend geeignet. Und eine kritische Aufarbeitung der Geschichte würde auch helfen, das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Denkmal zu verbessern: Nach einer kritischen Betrachtung der Geschichte stünde nichts mehr im Weg, das Bauwerk als lokales Wahrzeichen zu sehen. Baut man das Denkmal lediglich mit Blick auf die Tourismusförderung aus, so bleibt die dunkle Geschichte Porta Westfalicas weiterhin unaufgearbeitet und der Ausbreitung eines neuen Nationalismus werden alle Türen geöffnet.

Beschluss



a.o. Unterbezirkskonferenz der Jusos Minden-Lübbecke

20.11.13

Landesweiten Partypass einführen

Wir fordern die landesweite Einführung des Partypasses in NRW. Dieser soll von allen Discotheken als Ausweisersatz für Minderjährige akzeptiert werden.

Der Partypass muss an offiziellen Stellen gegen Vorlage eines gültigen Ausweisdokumentes ausgegeben werden und beinhaltet neben einem aktuellen Ausweisbild, Name, Vorname und Geburtsdatum, sowie Unterschrift des Ausweisträgers.

Begründung:

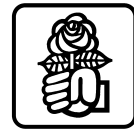
Bis 2010 konnten Jugendliche Konzerte und Discotheken gegen Abgabe ihres Personalausweises betreten und die Veranstaltungen zwischen 22:00 Uhr und 24:00 Uhr besuchen. Dabei bestand immer die Gefahr des Verlustes des Ausweises und damit des Verlustes von Daten.

Durch den neuen Personalausweis verschärften sich die Probleme: Sensible Daten können auf dem Ausweis gespeichert werden und bei einer Entwendung des Personalausweises abhanden kommen.

Deshalb bewegen sich die Discothekenbetreiber seit 2010 in einer rechtlichen Grauzone, wenn sie den Personalausweis einbehalten. Den eigentlich gilt nach §1 PauswG: "Vom Ausweisinhaber darf nicht verlangt werden, den Personalausweis zu hinterlegen oder in sonstiger Weise den Gewahrsam aufzugeben." Eine Einbehaltung des Personalausweises ist daher rechtswidrig.

Eine sichere Alternative bietet der Partypass, der schon in vielen Kommunen in Süddeutschland getestet wird. Ein Abhandenkommen ist datenschutztechnisch nicht relevant und der Partypass stärkt darüber hinaus auch den Jugendschutz: Den Jugendlichen kann der sichere Besuch einer Discothek oder eines Konzertes von 22:00 Uhr bis 24:00 Uhr nicht länger verwehrt werden.

Beschluss



Resolution: Inhaltliche Grundlage für den
sozialdemokratischen Europa-Wahlkampf in Minden-
Lübbecke

„Das biedere, um nicht zu sagen: phantasielose Handwerk der realpolitisch vereidigten Tatsachenmenschen reicht für die Krisenbewältigung in der gegenwärtig notwendigen Reichweite nicht mehr aus. Europa ist auch ein Stück Friedensutopie; es ist ein Bruch in der langen Erzählgeschichte von Kriegen, Massenmorden und kollektiven Geisteskrankheiten.“

Oskar Negt – Gesellschaftsentwurf Europa, 2012

Vom 22. bis zum 25. Mai 2014 wird das Europaparlament neu gewählt. In Deutschland erfolgt die Stimmabgabe am Sonntag, den 25. Mai, also parallel zur Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen „Da es bei der Europawahl keine Direkt-Wahlkreise gibt, erscheint die Wahl für uns inhaltlich und personell in weiter Ferne zu liegen. Es geht nicht wie bei der Kommunalwahl um lokale Themen und lokales Personal. Trotzdem hat die europäische Politik direkt mit den Menschen im Mühlenkreis zu tun. Gerade in der aktuellen Zeit wird der Einfluss europäischer Politik auf das alltägliche Leben immer größer. Deshalb werden wir unseren Beitrag

für den bundes- und europaweiten Wahlkampf leisten. In diesem Antrag wollen wir die inhaltlichen Grundlagen für unseren Europa-Wahlkampf festhalten:“

Noch nie war Europa so wichtig wie heute

Die Europawahl hatte bislang sowohl für viele Bürgerinnen und Bürger als auch für die Parteien eine eher geringe Priorität. Bei der Europawahl 2009 machten in Deutschland nur 43,3% der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Dieses geringe Interesse an der europäischen Politik steht in einem Widerspruch zu der immer größer werdenden Bedeutung Europas. Parallel zum geringen Interesse entwickelt sich Skepsis gegenüber der europäischen Entwicklung. In ganz Europa erhielten rechtspopulistische Parteien und Bewegungen in den vergangenen Jahren Zulauf.

Dabei war ein starkes Europa noch nie so wichtig wie heute. Für uns steht die europäische Idee für die friedliche Entwicklung des gesamten Kontinents. Dort, wo lange nationalistischer Größenwahn, Feindschaft und Krieg geherrscht haben, liegt heute ein Garant des Friedens und der Zusammenarbeit und ein weltweites Vorbild. Die Forderung nach einem Wiedererstarken der Nationalstaaten trägt nicht nur die Gefahr eines neu aufbrechenden Nationalismus in sich, sondern ist auch aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen in der heutigen Zeit nicht sinnvoll. Eine globalisierte Wirtschaft braucht zur Steuerung und Kontrolle auch eine globalisierte Politik. Die Europäische Union ist eine nicht ersetzbare Größe, damit die europäische Politik noch Einfluss auf die globalisierte Wirtschaft nehmen kann.

Für die SPD Minden-Lübbecke ist der Europa-Wahlkampf kein überflüssiges Beiwerk zur Kommunalwahl. Für uns stehen zwei wichtige Wahlen an, die wir mit der gleichen Ernsthaftigkeit und der gleichen Mühe angehen werden. Kernaufgabe unseres Europa-Wahlkampfs muss es sein, die europäische Politik den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen.

Die Krise der Finanzmärkte ist nicht die Krise der europäischen Politik

In der öffentlichen Diskussion wird Europa in allererster Linie in Zusammenhang mit der großen Finanzkrise diskutiert. Dabei unterliegt die öffentliche Diskussion in weiten Teilen dem Mythos, es handle sich um eine Staatsschuldenkrise. Die hohen Staatsschulden sind aber lediglich ein Symptom der Krise, nicht die Ursache und auch nicht das zu bekämpfende Übel. Verursacht wurde die Krise durch die Finanzmärkte, die dank immer weiter gehenden Liberalisierungen nicht mehr seitens der Staaten kontrollierbar waren. Die Krise ist deshalb – anders als von marktradikaler Seite dargestellt – eine Krise der Finanzmärkte und nicht der europäischen Politik.

Die gerade von der schwarz-gelben Bundesregierung unter Angela Merkel vorangetriebene Krisenbewältigungspolitik bekämpft damit auch nur die Symptome und nicht die Ursachen. Die aufgezwungenen Sparkurse – gerade in den südlichen Ländern der EU – führen nur in hohe Arbeitslosigkeit und weisen keinen Ausweg aus der Krise. Der Weg aus der Krise geht nur über mehr Vergemeinschaftung auf der europäischen Ebene.

Die Europäische Union wird heute weitestgehend nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als politische Union verstanden. Zur Wirtschafts- und Außenpolitik der Realität passt dieser Anspruch aber noch nicht. Die europäischen Staaten befinden sich zurzeit in einem Steuerwettbewerb, der es internationalen Großkonzernen ermöglicht, den Beitrag zur solidarischen Finanzierung der von ihnen genutzten Infrastruktur im verschwindend geringen Bereich zu halten. Dieser Steuerwettbewerb schadet allen europäischen Staaten und behindert die Weiterentwicklung. Deshalb braucht es gerade in wirtschaftlichen Fragen eine gemeinsame europäische Linie in Form einer Wirtschaftsregierung, die unter demokratischer Kontrolle des europäischen Parlamentes steht.

Erste zentrale Aufgabe der gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik muss die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sein. Diese ist zwar inzwischen in Deutschland – dank der SPD – in fast allen politischen Lagern Konsens, in Europa aber immer noch nicht umgesetzt.

Gleichzeitig muss sich die europäische Krisenpolitik vom Sparzwang zur Investitionspolitik wandeln. Die hohe Arbeitslosigkeit Südeuropas, gerade unter Jugendlichen, birgt wesentlich größere politische und gesellschaftliche Gefahren als hohe Staatsschulden. Der Weg aus diesem Teufelskreis ist nur über europäische Solidarität und Mut zu Investitionen möglich.

Ziel der gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik muss die Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa sein.

Gerechtigkeit muss auch global gesehen werden

Die europäische Verantwortung endet allerdings nicht mit den Grenzen der europäischen Staaten. Den Anspruch an Gerechtigkeit muss die Europäische Union auch global sehen. Wichtigste Bedingung dafür ist ein Ende der militanten Abschottung Flüchtlingen gegenüber. Der Einsatz der Außengrenzen-Sicherungsagentur Frontex verstößt im Prinzip gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und in der Praxis gegen grundlegende Menschenrechte. Den hohen moralischen Ansprüchen der EU widerspricht dieses Verhalten fundamental.

Das Dubliner-System des Umgangs mit Flüchtlingen hat sich grundlegend als nicht funktionierend erwiesen und gehört daher reformiert. Die Aufnahme von Flüchtlingen muss nach Kriterien der Gerechtigkeit zwischen den EU-Staaten und sozialen Mindeststandards für die Flüchtlinge geregelt werden. Automatische Abschiebungen in EU-Länder, die europäische Standards nicht erfüllen, darf es nicht geben. Langfristig wollen wir ein Europa der offenen Grenzen und eine gesamteuropäische Willkommenskultur. Die globale Verantwortung der europäischen Politik betrifft daher auch die Entwicklungspolitik. Über die

gemeinsame Agrarpolitik in Europa behindert die Europäische Union weiterhin eine funktionierende Entwicklungspolitik. Dank europäischer Landwirtschaftssubventionen werden Überschüsse produziert und exportiert, die lokale Märkte in Entwicklungsländer zerstören. Die europäische Agrarpolitik braucht daher einen größeren Blick über den Tellerrand hinaus.

„Mehr Demokratie wagen“ ist hochaktuell

Demokratisch gesehen befindet sich die Europäische Union in einer Legitimationskrise. Die bedeutenden Entscheidungen auf europäischer Ebene werden in Institutionen gefällt, die für die Bürgerinnen und Bürger nur sehr indirekt beeinflussbar und annähernd gar nicht transparent sind. Die Stärkung des europäischen Parlaments ist daher ein fundamental wichtiger Schritt zur Demokratisierung der EU. Zur Legitimation eines stärkeren Parlamentes bräuchte es auch eine europäische Medienöffentlichkeit. Da aber ein starkes Parlament und das Vorhandensein der europäischen Medienöffentlichkeit in Wechselwirkung zueinander stehen, darf das Fehlen der Medienöffentlichkeit nicht von einer Stärkung des Parlamentes abhalten.

Der alte Willy Brandt Satz: „Mehr Demokratie wagen“ ist aber nicht nur aufgrund der institutionellen Struktur der EU hochaktuell. Politische Macht wird immer weiter vom Öffentlichen ins Private verschoben, sodass die Entscheidungsmöglichkeiten demokratisch legitimierter Institutionen immer geringer werden. Ausdruck dessen sind die beiden Aussprüche Angela Merkels, die von „Alternativlosigkeit“ politischer Entscheidungen spricht und eine „marktkonforme Demokratie“ fordert. Um die politischen Entscheidungsmöglichkeiten wieder zurück auf die staatliche Seite zu holen, braucht es einer starken Institution wie der EU. Die europäischen Nationalstaaten auf sich allein gestellt hätten in diesem Machtkampf um die Demokratie keine Chance. Neben der Wirtschaftsregulierung auf europäischer Ebene, der Schaffung gemeinsamer sozialer Mindeststandards und der Einschränkung der Finanzmärkte, wäre eine Schaffung einer europäischen öffentlich-

rechtlichen Rating-Agentur sinnvoll. Eine Agentur, die zwar ohne politische Beeinflussung, dafür aber auch ohne private Gewinninteressen auskäme, wäre bei der Bekämpfung der Finanzkrise von großer Hilfe.

Alles in allem wünschen wir uns ein Europa der Zukunft, das mehr Gerechtigkeit – auch global –, mehr Demokratie und mehr europäisches Miteinander wagt.